



DEUTSCHE BEAMTE BRAUCHEN SCHUTZ VOR "SCHUTZSUCHENDEN"

Essen: Schuss- und Stich- Schutzwesten für Ausländerbehörde

Beamter mit Schreibtischjob in einer Behörde zu werden war früher mal etwas, das zwar nicht jeder wollte, aber doch erstrebenswert war, für jene, die einen sogenannten „sicheren Job“ suchten. Sicher war da nicht nur der Arbeitsplatz an sich und die Beamtenrente, sondern im Prinzip auch die körperliche Unversehrtheit. Das Schlimmste das den Mitarbeitern passierte war, angehustet, angespuckt oder angepöbelt zu werden. Körperliche Übergriffe waren eher die Seltenheit.

Seit Deutschland verslumpt und täglich reicher an Ballastexistenzen und deren Aggression und Gewalt wird, ist das anders.

Die Mitarbeiter, besonders in Brennpunktbehörden für die künftigen neuen Herren im Land, fürchten täglich um ihr Leben, vor allem dann wenn sie den Wünschen der Neo-Plus-Deutschen nicht entsprechen – und zwar flott.

Schutz vor „Schutzsuchenden“

Ab September soll in Essen eine neue Zentrale Ausländerbehörde

(ZAB) des Landes NRW ihren Betrieb aufnehmen. Nun werden in einer öffentlichen Ausschreibung 128 schuss- und stichfeste Westen für die Mitarbeiter gesucht, auch einige Mitarbeiter des Ordnungsamtes sollen künftig so geschützt werden.

Erstes Wehklagen über das ZAB kam schon von der Linken-Partei in Essen. Der einzige Zweck der ZAB bestünde darin, „schutzsuchende Menschen loszuwerden“ Das sei unvereinbar mit dem Bild, das die LINKE, in dem Fall in persona der Kreissprecherin Marion Wegscheider, von „ihrem Essen“ habe. Das widerspreche den Vorstellungen von einer „humanitären Flüchtlingspolitik“, [so Wegscheider](#). Besonders schrecklich für die Linkenpolitiker Essens sei, dass die neue Behörde nicht mehr den Einzelfall, sondern schlicht nach Aktenlage prüfe und man sich hier offenbar dem Druck der AfD gebeugt habe.

Da sieht man einmal mehr wo die Prioritäten der LINKEN liegen. Dass Behördenmitarbeiter sich beinahe schon wie Polizisten im Gefahrenereignis schützen müssen regt diese Deutschlandhasser und Gesellschaftszerstörer nicht auf. Aber wenn eine Behörde nach Recht und Gesetz handeln will und zwar ohne davor Stuhlkreise zu bilden und sich die Lügenmärchen der Versorgungsfordernden zu eigen zu machen, dann erregt das deren Gemüter ganz rasch. (lsg)